

Stand: 06.06.2026 14:04:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12149

"Keine Förderung klimaschädlicher Technologien - Ölheizungen raus aus dem 10.000-Häuser-Programm"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12149 vom 29.06.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 29.06.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13341 des WI vom 14.07.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016
5. Beschluss des Plenums 17/14384 vom 22.11.2016
6. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 22.11.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Claudia Stamm, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Förderung klimaschädlicher Technologien – Ölheizungen raus aus dem 10.000-Häuser-Programm

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, künftig keine Heiztechnik auf Basis des Brennstoffs Öl mehr zu fördern. Die Förderrichtlinien des 10.000 Häuser-Programms sind umgehend entsprechend zu ändern. Bereits bewilligte Förderbescheide stehen unter Bestandsschutz.

Die dadurch frei werdenden Mittel sollen in die Förderung Erneuerbarer Energien innerhalb des Förderprogramms umgeschichtet werden.

Begründung:

Es ist ein schwerer Konstruktionsfehler des 10.000 Häuser-Programms, wenn der Einbau klimaschädlicher Heiztechnik finanziell gefördert wird. Auch wenn sich durch den Austausch alter Heizsysteme durch neue Ölheizungen kurzfristige Effizienzsteigerungen ergeben, muss bedacht werden, dass diese neuen Heizsysteme in der Regel die nächsten 20 bis 30 Jahre in Betrieb bleiben. Dies verträgt sich nicht mit dem Ziel eines schnellen Umstiegs auf 100 Prozent Erneuerbare Energien.

Die Marktdurchdringung von Erneuerbaren Energien im Wärmebereich ist derzeit angesichts der niedrigen Ölpreise schwer genug. Eine zusätzliche, staatliche Ölförderung verschärft dieses Problem zusätzlich. Entschärft werden kann diese Situation nur durch eine bessere Förderung erneuerbarer Technologien.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12144, das ist der Antrag der SPD, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12132, das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Für diesen Dringlichkeitsantrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 17.46 bis 17.49 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt und zu gegebener Zeit bekannt gegeben. – Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Die übrigen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12133 und 17/12136 bis einschließlich 17/12140 sowie 17/12145 bis einschließlich 17/12149 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Der Tagesordnungspunkt 9, Eingabe betreffend "Aufenthaltsgeld und Arbeitserlaubnis", wird im Einvernehmen der Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Bevor wir weitermachen, bitte ich Sie nochmals, Ihre Plätze einzunehmen. Wenn jetzt alle den Saal verlassen, die ihn verlassen wollen

(Erwin Huber (CSU): Dann ist keiner mehr da!)

– auch das ist zu respektieren –, dann kann ich in der Tagesordnung fortfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unterbringung von Flüchtlingen dezentral gestalten: Integration von Anfang an ermöglichen! (Drs. 17/11198)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm. Frau Kollegin Kamm, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern in diesem Antrag, den Kabinettsbeschluss vom 26. April in Bezug auf die Abwicklung der derzeitigen dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden aufzuheben, weil viele der dadurch stattfindenden Umsiedlungen der derzeit immer noch etwa 100.000 dezentral untergebrachten Asylsuchenden dazu führen, dass bereits begonnene Integrationsleistungen behindert, verhindert oder zumindestens unterbrochen werden und so bisher erbrachte Integrationsarbeit entwertet wird.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind alle miteinander der Meinung, dass Integration wichtig ist, dass Integration viel Mühe macht –, Mühe sowohl den Asylsuchenden selber als auch den Ehrenamtlichen –, dass Integration bedeutet, sich in Sprache, Bildung und Arbeit zu integrieren, und dass man auf diese bereits begonnenen Bemühungen bei eventuellen Umsiedlungen der Asylsuchenden Rücksicht nehmen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider ist das, wie viele, viele Anrufe und Hinweise von Ehrenamtlichen in den letzten Wochen gezeigt haben, in der Praxis nicht der Fall. Wir haben beispielsweise gestern Abend gehört, mit wie viel Mühe sich Asylsuchende anstrengen, sich zu integrieren. Gestern Abend war ein syrischer Asylbewerber da, der sich selbst um einen Platz in einem Altersheim bemüht hat und dort quasi nebenzu auch Deutsch gelernt hat. Wir wissen auch um die vielen, vielen Helferkreise, die Kontakte zu Asylsuchenden haben und ihnen bei den ersten Schritten in diesem Land helfen. Wenn jetzt aber Asylsuchende durch diese Umsiedlungen manchmal 20 Kilometer weg, einige auch in andere Landkreise verlagert werden, werden alle diese Bemühungen unterbrochen.

Ziel der Aktion ist es zum einen, die Turnhallenunterbringung abzubauen. Da sind wir ganz dafür. Oft werden die Asylsuchenden aber aus dezentralen Unterkünften in relativ große und im Sommer besonders heiße Tragflughallen gebracht, zuweilen auch in Kasernengebäuden oder irgendwo am Waldrand ohne WLAN, ohne ÖPNV, ohne einheimische Bevölkerung in der Nähe. Wir sagen daher, dass das Versprechen, das bei der Behandlung dieses Antrags im Sozialausschuss gegeben worden ist, dass auf die begonnenen Integrationsleistungen Rücksicht genommen wird, so nicht überall in Bayern eingelöst wird. Dazu gibt es zu viele Hinweise von unterschiedlichen Ehrenamtskrei-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/12149**

**Keine Förderung klimaschädlicher Technologien - Ölheizungen
raus aus dem 10.000-Häuser-Programm**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatter: **Markus Blume**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 52. Sitzung am 14. Juli 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Ich hatte im Jahre 1979 eine ziemlich schwere Operation. Da gab es eine Krankenschwester aus der Türkei, die mir überhaupt nicht helfen konnte, weil sie nicht verstand, was ich wollte, und außer ihr sonst niemand anwesend war. Es war noch kein Pfleger da. Wenn ein Pfleger kommt und mit dem Kranken im Gespräch sein muss, ist für ihn das Allerwichtigste die Sprache, um das zu leisten. Deshalb stellt sich für mich die Frage, ob wir Ausländer bekommen, nicht so vorrangig. Ich meine, es ist wichtiger, den Beruf attraktiver zu machen. Wenn derjenige, der die Kaffeemaschine repariert oder anliefert, das Doppelte dessen verdient wie derjenige, der sich um den Kaffeetrinker kümmert, dann stimmt etwas nicht. Hier muss ein Ausgleich her.

Darüber würde ich gerne intensiv mit Ihnen diskutieren, auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir es mit einer Generation zu tun haben, die der Hilfe viel stärker bedarf. Wir sollten nicht so sehr über Organisationsformen reden, sondern in erster Linie darüber, wie wir an diejenigen herankommen können, die insgesamt Probleme mit der Gesellschaft bekommen, weil sie alleingelassen sind, weil niemand mehr aus ihrer Familie da ist und weil es in ihrer Umgebung einsamer geworden ist.

Hinzu kommt, dass die junge Generation lieber mit dem Computer spielt, als die Oma zu betreuen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Immer auf die Jugend schimpfen! Typische Redepauschalen!)

– Nein, es geht um die, die nachkommen, und um die Frage, ob sie sich dafür ausbilden lassen wollen oder nicht. Da können Sie so viel dazwischenrufen, wie Sie wollen. In die Berufe der sozialen Betreuung der Menschen wachsen junge Leute weniger hinein, weil sie glauben, mit der Technik leichter weiterzukommen. Der Angriff richtet sich nicht auf die Jugend, sondern auf die Gesellschaft. Das ist einfach so.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Liebe Kollegin, durch das Dazwischenrufen wird die Sache nicht besser. Ihre Lieblingsbeschäftigung ist zu reden, statt zu denken.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!
– Katharina Schulze (GRÜNE): Oh, oh!)

Die Ausgangsposition für uns heißt in die Zukunft hinein, sich zu kümmern, die Menschen in ihrer Situation abzuholen und diejenigen, die sich in der Pflege engagieren, nicht schlechter zu bezahlen als junge Menschen in anderen Berufen. Nur so kommen wir

ein Stück weiter. Ob die Organisation stimmt, ist dann eine ganz andere Frage.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Goppel. Bevor ich der Kollegin Petersen das Wort erteile – sie kann schon eine Weile ans Mikrofon treten –, darf ich folgende Änderung der Tagesordnung bekannt geben. Der Tagesordnungspunkt 6, Antrag der GRÜNEN betreffend "Veränderungen im Grundstockvermögen früher anzeigen und Zustimmung einholen" wird im Einvernehmen aller Fraktionen heute von der Tagesordnung abgesetzt und voraussichtlich in der Januarsitzung aufgerufen.

Im Anschluss an die Interpellation werde ich die Tagesordnungspunkte 4 und 5 aufrufen und anschließend noch vor der Mittagspause die Tagesordnungspunkte 9 bis 14; das sind die Anträge zum Thema Stärkung des ländlichen Raums. Mir ist signalisiert worden, dass die Fraktionen auch hierzu Einverständnis erklärt haben. Die Redner sind entsprechend verständigt.

Liebe Frau Petersen, nun haben Sie das Wort.

Kathi Petersen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns bei diesem Thema inhaltlich weitgehend einig. Die Pflege in Bayern ist ein extrem wichtiges Thema. Das rechtfertigen sowohl die sehr umfangreiche Interpellation der FREIEN WÄHLER – dem Dank dafür kann ich mich nur anschließen – als auch die zahlreichen Anträge, die unter anderem die SPD-Fraktion zu diesem Themenbereich bereits gestellt hat und auch noch stellen wird.

Wir haben schon gehört, dass das Thema Pflege ein sehr umfangreiches und vielfältiges Thema ist. Meine Kollegin Ruth Waldmann hat bereits viele Aspekte angesprochen, beispielsweise die häusliche Pflege, sodass ich mich auf einige wenige Punkte beschränken kann.

Die Staatsregierung und insbesondere das Ministerium für Gesundheit und Pflege ist, wie wir unter anderem den Antworten auf die Interpellation entnehmen können, nicht untätig geblieben. Aber – auch das muss man konstatieren – es gibt noch sehr viel Luft nach oben.

Meine Vorredner haben auch schon davon gesprochen: Der Fachkräftemangel ist ein riesiges Problem im Pflegebereich. Im März 2016 standen 1.663 offenen Stellen 267 arbeitslos gemeldete Altenpflegekräfte gegenüber. Das ist ein eklatantes Missverhältnis, das man so nicht hinnehmen kann.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Claudia Stamm, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/12149, 17/13341

**Keine Förderung klimaschädlicher Technologien –
Ölheizungen raus aus dem 10.000-Häuser-Programm**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Andreas Lotte

Abg. Erwin Huber

Abg. Johann Häusler

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Förderung klimaschädlicher Technologien - Ölheizungen raus aus dem 10.000-Häuser-Programm (Drs. 17/12149)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass die Redezeit für alle Fraktionen 24 Minuten beträgt.

(Isabell Zacharias (SPD): Gerne auch kürzer!)

Ich bitte Herrn Stümpfig ans Rednerpult.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was ist besser: Vorsorge betreiben, damit keine Schäden entstehen oder die Schäden möglichst gering gehalten werden, oder den Schäden hinterherrennen? – Eigentlich eine rein rhetorische Frage, sollte man denken. Wir haben heute aber schon das Thema Hochwasserschäden diskutiert. Im Jahr 2017 werden wir erstmals mehr Geld für die Beseitigung von Klimaschäden, in diesem Fall von Hochwasserschäden, ausgeben als für vorbeugenden Klimaschutz. Meine Damen und Herren, das darf wirklich nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sieht es mit den aktiven vorbeugenden Klimaschutzmaßnahmen der CSU-Staatsregierung aus? – Ein Flaggschiff der Klimaschutzbemühungen ist das 10.000-Häuser-Programm. Es wurde groß angekündigt. Aber dieses Flaggschiff hat wirklich massiv Schlagseite und muss umgehend erneuert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zuerst den etwas unkritischeren Programmteil beleuchten. Programmteil zwei heißt "EnergieSystemHaus", ein wirklich bürokratisches Monster, muss

man sagen. Wenn man in seinem Haus zum Beispiel eine Solarwärmespeicherung installieren möchte, muss man gleichzeitig noch eine Dämm-Maßnahme ergreifen, zum Beispiel in Form einer Fußbodendämmung. Das mag in manchen Fällen sinnvoll sein. Aber im Gespräch mit den fachlich vertrauten Energieberatern zeigt sich: Selbst die Fachleute können aus diesem Förderprogramm nicht herauslesen, dass diese Bedingungen notwendig sind. Die CSU-Staatsregierung hat es sich einfach gemacht: Sie hat sich an die KfW angedockt. Dort sitzen die Leute, die alles abhandeln sollen, während man in Bayern wenig damit zu tun hat. Man schiebt die ganze Sache ab. Das hat aber den großen Nachteil, dass wir wirklich ein bürokratisches Monster haben und die Menschen dieses sinnvolle Programm "EnergieSystemHaus" nicht nutzen können.

Die Konsequenz haben wir auf eine Anfrage hin erfahren: Zum ganz großen Teil nutzen nur Menschen, die Neubauten errichten, das Programm "EnergieSystemHaus". Dort, wo man eigentlich eingreifen müsste, nämlich bei den Bestandsgebäuden, versagt das 10.000-Häuser-Programm komplett.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber der eigentliche Hammer ist der Programmteil "Heizungstausch". Dieser Programmteil kommt gut an, weil er im Gegensatz zum anderen Programmteil sehr unbürokratisch ist. Da heißt es einfach: alte Heizung raus, neue Heizung rein, ohne viel Bürokratie. Nach unserer Einschätzung wirklich unglaublich ist, dass es bundes- und europaweit kein anderes Förderprogramm mehr gibt, in dessen Rahmen neue Ölheizungen gefördert werden. Andere Länder, Dänemark zum Beispiel, schreiben ordnungsrechtlich vor, dass es von 2018 an keine neuen Ölheizungen mehr geben wird. Wir geben noch Fördergelder dazu, wenn jemand eine alte Ölheizung durch eine neue Ölheizung ersetzt. Wir sagen: Fossile klimaschädliche Dreckschleudern raus, fossile klimaschädliche Dreckschleudern rein. Das ist die Politik der CSU-Staatsregierung. Das ist klimaschädlich und hat mit Verständnis von Klimaschutz überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Momentan gibt es zudem die Problematik, dass das Erdöl ohnehin viel zu billig ist. Wir haben massive Probleme, erneuerbare Energieanlagen und saubere Heizungsstechniken auf den Markt zu bekommen, weil das Öl verdammt billig und viel zu konkurrenzkräftig ist. Und Sie von der Staatsregierung fördern das noch zusätzlich. Diese Förderung der Heizölbranche ist komplett unnötig und klimaschädlich. Deswegen lautet unsere klare Forderung: Ölheizungen raus aus dem Förderprogramm!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die 25 % Effizienzgewinne, die vielleicht der nachfolgende Redner von der CSU nennen möchte, reichen nicht. Wir brauchen wirklich größere Margen und müssen ambitionierter sein. So werden wir niemals einen klimaneutralen Gebäudebestand erreichen.

Alles andere ist klimafreundlicher als Ölheizungen. Wie dringend Klimaschutz ist, haben wir auch an der heutigen Meldung gesehen: Das Meereis ist auf dem niedrigsten Stand und nimmt ab. Dabei haben wir schon Herbst. Momentan müsste es schon eine Fläche dreimal so groß wie Deutschland mehr haben. Die Alarmsignale sind wirklich überall, nur Sie hören sie nicht.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte beachten Sie die Uhr.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ja, danke. – Mein letzter Satz: Die CSU und die CSU-Staatsregierung tappen beim Klimaschutz weiter im Dunkeln. Finden Sie endlich den Lichtschalter! Schalten Sie den Klimaschutz ein! Schalten Sie die Ölheizungen in Ihrem Förderprogramm aus! Es wird allerhöchste Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist bemerkenswert, dass der Kollege der GRÜNEN das 10.000-Häuser-Programm als "Flaggschiff" bezeichnet hat. Ich stelle fest, es ist in der Tat ein Flaggschiff. Es unterstützt Hauseigentümer zum einen bei der Einhaltung der energetischen Anforderungen, wenn neu gebaut wird, zum anderen bei der energetischen Sanierung bestehender Gebäude.

Das 10.000-Häuser-Programm war eine gute Idee. Es hat den Nerv der Zeit getroffen. Es ist ein Selbstläufer – entgegen Ihren Vermutungen, Herr Stümpfig. Die 80 Millionen Euro, die für diese Fördermaßnahme in den Haushalt eingestellt wurden, sind im laufenden Jahr schon abgegriffen worden. Ich wiederhole: Das Programm wird sehr gut angenommen.

Das Spannende ist, dass das Förderprogramm aus zwei Teilen besteht. In dem Teil "EnergieSystemHaus" werden innovative Techniken zur Erhöhung der Energieeffizienz umfassend gefördert. Es gibt aber noch einen zweiten Programmteil. Herr Stümpfig, Sie haben suggeriert, dieser sei problematisch. Tatsächlich ist es aber positiv, wenn auch der Heizungsaustausch gefördert wird. Damit werden wichtige Impulse für die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden gesetzt. Der Ersatz noch funktionsfähiger, aber alter Heizungsanlagen wird vorangetrieben, um den Einsatz von moderner Brennwerttechnik – mit Gas oder mit Öl betrieben –, von Biomasse-Heizkesseln oder Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu ermöglichen. Die Austauschmaßnahmen werden mit einem Zuschuss flankiert.

Herr Stümpfig, Sie haben nicht erwähnt, dass durch den Einsatz der Brennwerttechnik auch Synergieeffekte erzeugt werden. Es kommen nämlich in der Regel weitere Systemkomponenten hinzu, zum Beispiel die Solarthermie. Auch damit wird der Energieverbrauch bzw. der Energieaufwand ein Stück weit reduziert.

Ziel des 10.000-Häuser-Programms war es, dass Heizungsanlagen saniert werden, auch wenn sich eine weitergehende Gebäudesanierung noch nicht als sinnvoll er-

weist. Viele Sanierungsvorhaben konnten mit dem Programm angestoßen werden. Wichtig ist auch, dass Menschen, die über Wohneigentum verfügen, überhaupt erst einmal mit Energieberatern in Kontakt kommen und von diesen neue Impulse erhalten, um vielleicht noch den zweiten oder dritten Schritt, hin zu einer umfassenden energetischen Gebäudesanierung, zu gehen. Es ist wichtig, die Heizungsanlage an neue Rahmenbedingungen anzupassen, die etwa dadurch entstehen, dass die Fassade gedämmt worden ist.

Weitere Rahmenbedingungen sind zu berücksichtigen, wenn man vom 10.000-Häuser-Programm spricht. Diese sind abhängig vom Haus selbst, von der Einstellung des Eigentümers zu dem Thema energetische Sanierung, aber auch von der Höhe des Aufwands, der mit dem Einsatz neuer Technologien verbunden ist. So ist zu klären, ob im Haus überhaupt Platz für ein Pellet-Lager ist und welche weiteren Ressourcen für die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen genutzt werden können.

Wir sind der Meinung, dass das Programm sehr gut ist. Es erreicht alle Eigentümer, egal welche individuellen Voraussetzungen gegeben sind. Es bietet alle Lösungen als Möglichkeiten an. Vor allem hat es den Anspruch, technologieoffen zu sein. Synergien mit dem entsprechenden Bundesprogramm werden ebenfalls möglich. Herr Stümpfig, Sie haben den Sachverhalt ein Stück weit vereinfacht oder sogar falsch dargestellt. Man lässt nicht das KfW-Programm quasi die Arbeit machen, sondern man führt eine Vereinfachung herbei, um sich an das KfW-Programm andocken zu können.

Ich komme zu dem Antrag der GRÜNEN. Ich stelle fest, dass Ihr Antrag, wie es bei verschiedenen Ihrer Anträge heute diskutiert worden ist, zum Ersten die ganze Sache bremst. Zum Zweiten wirkt Ihr Antrag bevormundend. Vor allem aber ist er für viele Menschen in Bayern diskriminierend. Herr Stümpfig, an Ihren Äußerungen ist deutlich geworden, dass Sie das Programm nicht verstanden haben oder es missverstehen wollen. Sie formulieren immer das Maximalziel "100 % erneuerbare Energien". Den Weg dorthin können Sie jedoch nicht aufzeigen. Das ist Ihnen schon deshalb nicht möglich, weil Sie dann über Ihre eigenen Füße stolpern würden.

(Beifall bei der CSU)

Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss attraktiv sein. Ziel muss ein nachhaltiger Umstieg sein. Vor allem ist der wirtschaftliche Aspekt zu beachten. Entsprechende Anreize sind zu setzen. Eine Übergangszeit für Brückentechnologien ist unbedingt vorzusehen.

Warum bevormundet Ihr Antrag die Verbraucher? – Sie wollen ihnen vorschreiben, wie sie zu handeln haben, ohne dass die individuellen Möglichkeiten ebenfalls betrachtet werden. Sie bevormunden, statt Fortschritt zu generieren. Welche Folgen Bevormundung haben kann, zeigt die Entwicklung im Bundesland Baden-Württemberg. Dort herrscht Stillstand, was die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien angeht.

Sie diskriminieren mit Ihrem Antrag viele Menschen im ländlichen Raum. Wie soll sich der Eigentümer eines alten Hauses verhalten, wenn er im Keller nicht genügend Platz zum Beispiel für ein Pellet-Lager hat? Noch schwieriger ist es, wenn er vor der Haustür keine Gasleitung hat, weil nicht die Infrastruktur vorhanden ist, wie man sie in großen Städten findet. An das Ferngasnetz kann er sich also nicht anschließen lassen, die Möglichkeiten der Gasversorgung kann er nicht nutzen. All diese schwierigen Fragen lassen Sie von den GRÜNEN außer Acht. Sie sagen den Leuten, die in der Fläche wohnen: Macht mal! Das ist euer Problem. Andere sollen den Vorzug bekommen, ihr nicht.

(Beifall bei der CSU)

Das Problem reicht bis in die Siedlungspolitik hinein. Wir beklagen doch immer die Leerstände in den Altortbereichen. Sie von den GRÜNEN gehören zu denjenigen, die solche Leerstände verursachen.

Das Programm ist, wie gesagt, ein voller Erfolg. Das sagen nicht nur wir, sondern auch die Menschen, die es annehmen. Die Energieberater, auch die Heizungsbauer, beraten die Menschen. Allein mit diesem Programm findet ein großer Fortschritt, das heißt,

die Überleitung hin zu den erneuerbaren Energien, auch im Bereich der Gebäudetechnik statt.

Erneuerbare Energien kommen zum Einsatz. Dies geschieht aber schrittweise. Mit der Brennwerttechnik kann sogar ad hoc eine erhebliche Verbesserung herbeigeführt werden. Schritt für Schritt an das Ziel zu kommen, das ist genau das, was wir wollen. Deswegen lehnen wir den Antrag der GRÜNEN ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kirchner, Sie sagen, im Zuge des Austauschs der Anlagen würde auch zunehmend Solarthermie zum Einsatz kommen. Schauen Sie sich doch einmal die Antwort auf unsere Anfrage an. In maximal 10 % der Fälle sind Solarthermieanlagen mit Heizungsunterstützung oder Brauchwassererwärmung bezuschusst worden. In den meisten Fällen war es so: die alte Ölheizung heraus, eine neue Ölheizung hinein.

Durch den Austausch der Ölheizungen entstehen sicherlich kurzfristig gewisse Effizienzgewinne. Aber Sie müssen doch vom Ende her denken: Wenn wir in 30 Jahren Klimaneutralität erreicht haben wollen, können wir doch nicht jetzt noch neue Ölheizungen fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Unterschied zu dem Programm in Baden-Württemberg haben Sie überhaupt nicht verstanden. Das bayerische Programm ist ein Förderprogramm. Dabei geht es doch nicht um Bevormundung. Ein Förderprogramm soll lenken. Wir wollen die Bürger dazu bringen, mehr für den Klimaschutz zu tun. Mit einem Förderprogramm werden Anreize gesetzt. Um Bevormundung geht es überhaupt nicht. Das haben Sie überhaupt nicht verstanden.

Die andere Frage lautet natürlich, wie wir einen klimaneutralen Gebäudebestand erreichen können. Schaffen wir das nur mit Förderprogrammen? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Kirchner, haben Sie gesagt, der Umstieg müsse attraktiv sein. Wollen Sie so viel Geld hineinbuttern, dass wir den Umstieg allein über Förderprogramme hinbekommen? Das wird nicht möglich sein. Aber die bestehenden Förderprogramme müssen so ausgestaltet sein, dass sie die Menschen dazu bringen, mehr für den Klimaschutz zu tun. Eine Ölheizung ist dafür sicherlich nicht geeignet. Ihre alte Leier von der angeblichen Bevormundung kann ich nicht mehr hören. Es tut mir leid, aber die Ölheizungen müssen aus dem Programm herausgenommen werden.

(Erwin Huber (CSU): Nein, müssen sie wirklich nicht!)

Früher oder später werden hoffentlich auch Sie das begreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sandro Kirchner (CSU): Beginnen wir von hinten, wie Sie es gerade vorgeschlagen haben. Es freut mich, dass Sie das 10.000-Häuser-Förderprogramm als fortschrittlich tituliert haben. Sie haben genau den Effekt aufgezeigt, den es erreichen möchte. Wir versuchen, die Menschen durch Anreize in die Richtung zu lenken, neue Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz und der Klimafreundlichkeit einzusetzen. Herzlichen Glückwunsch! Das ist das 10.000-Häuser-Programm. Das haben Sie richtig erkannt.

Bevormundung ist das, was in Baden-Württemberg stattfindet. Dort möchte man den Leuten vorschreiben, dass es nur so oder so geht. Dann funktioniert es nicht mehr.

Herr Stümpfig, als Ihr Anliegen haben Sie formuliert, die Energieeffizienz zu erhöhen und Energie einzusparen. Wir sind uns einig, dass es an unterschiedlichen Orten unterschiedliche Voraussetzungen gibt. Ich habe ein Beispiel erwähnt: Ein altes Haus hat keinen Anschluss an das Gasnetz, Bunker oder andere Kapazitäten zur Lagerung von Pellets usw. sind nicht vorhanden, auch ein Erdgastank kann nicht aufgestellt werden.

Die einzige Option ist dann, eine vorhandene Heizungsanlage, die noch lange laufen könnte, aber viel Energie verbraucht, ad hoc durch eine neue Heizung mit Brennwerttechnik auszutauschen. Das wäre doch schon eine wesentliche Verbesserung. – Sind wir uns darüber einig?

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Nein!)

– Wir sind uns nicht einig? Gut. Aber dann brauchen wir nicht weiter darüber zu reden.
– Zum zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte: Ich habe von Ihrem Antrag gesprochen, der bevormundet. Und er bevormundet wirklich. Ich möchte Ihnen jetzt aber eine Gegenfrage stellen: In Ihrem Antrag haben Sie sich auf die Ölheizungen eingeschossen. Die Gasheizungen spielen in Ihrem Antrag keine Rolle. Um Ihre Logik zu verstehen, müssen Sie mir erklären, ob durch eine Ölheizung eine andere Treibhausgasemission entsteht als durch eine Gasheizung. Warum ist für Sie das eine weniger schädlich als das andere?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Sandro Kirchner (CSU): Bei Ihnen habe ich manchmal das Gefühl, dass Sie einen Antrag stellen, damit Sie eine Diskussion führen können, aber am Ende kommt dann nichts als heiße Luft heraus. Vielleicht könnten wir da ein bisschen Energie einsparen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Lotte. Bitte.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Lieber Sandro Kirchner, lieber Herr Stümpfig, ich glaube, wir sind uns in einem Punkt einig: Wir begrüßen die Ziele des 10.000-Häuser-Programms. Wir begrüßen es, dass Anreize dafür geschaffen werden, dass Bauherrn Energieeffizienz und innovative Technik gefördert bekommen. Herr Kirchner, die Betonung liegt dabei auf den Wörtern "innovative Technik". Hauseigentümer werden gefördert, wenn sie ihre Heizungen gegen effiziente

Systeme tauschen. Die Betonung liegt dabei auf den Wörtern "effiziente Systeme". All diese Maßnahmen sollen den Klimaschutz und die Energiewende unterstützen, so das Ziel der Staatsregierung.

Sieht man sich das alles einmal genauer an, wie das schon Herr Kollege Stümpfig getan hat – deshalb will ich nicht mehr im Detail darauf eingehen –, kommt man zu dem Ergebnis, dass es sich bei dem Programm eher um ein Förderprogramm der Wirtschaft handelt. Herr Kirchner, Sie haben das auch bestätigt, als Sie gesagt haben: Wenn ich den Heizungsbauer frage, der findet das Programm gut. Dieses Programm ist also eine Förderung der Heizungsbauer und eine Förderung der Wirtschaft, aber eben keine Förderung der Verbraucher, es ist keine Förderung der Zukunft der Umwelt, und es ist auch keine Förderung der Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Stümpfig ist die Zahlen schuldig geblieben, deshalb kann ich sie jetzt bringen. Die Anfrage der GRÜNEN hat nämlich ergeben, dass von 2.065 bewilligten Förderanträgen 944 Ölheizungen und 781 Gasheizungen betrafen. Die Solarthermie spielte dabei eine völlig untergeordnete Rolle. Wir können also das Fazit ziehen: Dieses Programm läuft den offiziellen Zielen, die wir alle begrüßen, diametral entgegen. Weder können wir von innovativen Technologien sprechen noch davon, dass die Energiewende der Staatsregierung wirklich vorankommt, wenn Heizungen 25 oder 30 Jahre in Betrieb sind. Damit werden alte Technologien zementiert.

Die CSU hat die Klimaschutzziele und den Klimaschutzplan bis 2050 unterschrieben. Dieser Klimaschutzplan und das 10.000-Häuser-Programm sind ein Widerspruch in sich. Ich darf aus dem Papier der Klimakonferenz in Paris zitieren. Dort steht, Gebäude hätten im Vergleich zu anderen Investitionen eine jahrzehntelange Nutzungsdauer, und auch die dort integrierten Gebäudetechniken besäßen als energie- und klimarelevante Investitionen mit über 20 Jahren recht lange Nutzungsdauern. Deshalb sei es von herausragender Bedeutung, neue Gebäude so zu errichten, dass sie in Zukunft

nicht mehr auf die Nutzung fossiler Energieträger angewiesen sein werden und die Umstellung auf erneuerbare Energie möglichst einfach, wirtschaftlich und kostenoptimal erfolgen kann. Für den Gebäudebestand müssten Anreize auch durch die Förderprogramme des Bundes dafür sorgen, dass entsprechende Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien erfolgen.

Offensichtlich hat die CSU auf Landesebene nicht die Absicht, dieses Ziel zu unterstützen. Im Klimaschutzprogramm wird außerdem gefordert, die CO₂-Emissionen um 80 bis 95 % zu senken. Das ist schwer, wenn alte Technik durch Förderung zementiert wird. Herr Kollege Kirchner, Sie haben Herrn Kollegen Stümpfig vorhin den Vorwurf der Bevormundung gemacht. Im Ausschuss war es der Vorwurf der Gängelung, wenn ich mich richtig erinnere. Hier geht es aber nicht um Bevormundung oder Gängelung. Sie argumentieren, Wahlfreiheit müsse ermöglicht werden, deshalb müssten alle Möglichkeiten gegeben sein. Dieses Argument ist aber schlichtweg falsch. Niemand wird bevormundet, und niemand wird in seiner Wahlfreiheit eingeschränkt. Richtig ist aber: Intelligente Wirtschaftspolitik setzt auf dem Markt die richtigen Anreize.

Ökologische Folgekosten des CO₂-Ausstoßes sind in den Marktpreisen für Ölheizungen eben nicht enthalten. Für diese Kosten muss in Zukunft der Steuerzahler aufkommen. Wir können also das Fazit ziehen: Die selbstgesteckten Ziele werden mit dem Programm nicht erreicht, innovative Technologien werden nicht gestärkt, stattdessen handelt es sich hier um ein Wirtschaftsförderungsprogramm, der Klimaschutzplan der Bundesregierung wird konterkariert, die Schwierigkeiten des Marktes werden nicht behoben, Sie subventionieren alte Technologien, deren Folgekosten heute niemand bezahlt, außerdem setzen Sie völlig falsche Anreize durch den niedrigen Ölpreis.

Es gilt, die Schwächen des Programms zu bearbeiten: keine Förderung von Ölheizungen. Wir werden den Antrag der GRÜNEN unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Lotte, ich möchte Sie zunächst einmal darüber informieren, dass die CSU-Landtagsfraktion und das Wirtschaftsministerium dieses Förderprogramm gemeinsam beraten haben. Die Fraktion hat großen Wert darauf gelegt, dass die Erneuerung von Ölheizungen in dieses Programm hineinkommt. Ich bin dankbar, dass die Wirtschaftsministerin diese Anregung aufgenommen hat. Ich finde, Herr Kollege Kirchner hat dafür eine exzellente Begründung abgegeben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Weil diese Begründung so gut war, braucht er jetzt Ihre Schützenhilfe!)

Leider haben wir momentan die Situation, dass nur 1 % der Hausbesitzer technische Erneuerungen vornimmt. Sollte es so weitergehen, brauchen wir 100 Jahre, bis eine technologische Erneuerung des Hausbestandes in Deutschland erfolgt ist. Damit sind wir nicht zufrieden. Wir wollen, dass ein kräftiger Anreiz entsteht. Von daher ist es sehr viel besser, wenn eine neue Ölheizung installiert wird, statt den alten Brenner weiterzuziehen. Wenn damit eine Einsparung von Öl und damit eine Reduzierung der Emissionen von 20 bis 30 % erreicht wird, dann ist das nicht nichts, sondern ein gewaltiger Fortschritt. Ich stelle fest, dass die SPD und die GRÜNEN diese Vergünstigung und Förderung für die Hausbesitzer in Bayern ablehnen. Wir halten sie für richtig und für notwendig.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Schmarrn!)

– Frau Kollegin, "Schmarrn" ist kein Argument. Sie waren auch schon einmal intelligenter bei Ihren Zwischenrufen.

Sie sagen, dass dies nur der Wirtschaft diene. Leider gibt es keine neue Technik, keinen neuen Brennofen oder dergleichen, ohne dass ein Auftrag erteilt wird. Ich halte diese Maßnahme für einen Fortschritt. Ich bin der Überzeugung, dass wir damit einen

viel wirksameren Beitrag für den Klimaschutz leisten, als es der Einwand des Bundeswirtschaftsministers Gabriel zum Klimaschutzprogramm Deutschlands gewesen ist. Das war ein gewaltiger Fehltritt. Dafür sollten Sie die Verantwortung übernehmen. Sie sollten nicht ein sinnvolles Förderprogramm in Bayern torpedieren.

Andreas Lotte (SPD): Herr Kollege Huber, das war ein netter Versuch. Ich kann mich noch an ein Zitat von Ihnen erinnern, in dem es heißt: Wenn man einen Teich austrocknen will, dann soll man nicht die Frösche fragen. Insofern frage ich mich, ob die Heizungsbauer wirklich die richtige Adresse sind. Natürlich kann man sagen: Lieber kleine Fortschritte, aber dafür Fortschritte, als keine Fortschritte. Das ist aber gar nicht die Frage. Wir brauchen größere Sprünge.

Sehen wir uns einmal an, wie sich die Ölpreise entwickelt haben. Sie sind um zwei Drittel gesunken. Allein die Tatsache, dass die Ölpreise so gesunken sind, setzt für die bestehenden Technologien auf dem Markt einen falschen Anreiz. Wenn wir das dann noch unterstützen, indem wir weiter Förderprogramme auflegen, dann ist das ein absolut falsches Signal. Damit korrigieren wir kein Marktversagen, geschweige denn, dass wir entsprechend auf die Zukunft reagieren.

Es ist zweifelsohne so, dass die Kosten der Emissionen letztendlich der Steuerzahler in der Zukunft zu zahlen hat; denn sie sind bei den Ölheizungen im Markt nicht eingepreist. Deswegen sollte ein Förderprogramm genau das Gegenteil bewirken, nämlich Anreize für innovative Technologien setzen. Insofern muss ich Ihnen widersprechen, Herr Huber.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mehr Mittel für erneuerbare Energien sind zweifelsfrei notwendig und ökologisch sinnvoll. Das ist die klare Haltung der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER.

Das 10.000-Häuser-Programm – es ist schon angesprochen worden – ist innovativ, zielt positiv in die Zukunft und trägt wesentlich dazu bei, Emissionen zu reduzieren und Nachhaltigkeit zu fördern.

Es steht allerdings nirgendwo geschrieben, dass es nicht weiterentwickelt und verbessert werden darf. Das allerdings halte ich für ein Thema, das abseits des heutigen Antrags zu diskutieren wäre. Insofern möchte ich mich ein Stück weit auf den Antragstext konzentrieren.

Wir als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion sind der Meinung, dass alles getan werden muss, um möglichst wenig klimaschädliche Heizungsanlagen zum Einsatz kommen zu lassen.

Die Fraktion der GRÜNEN möchte mit ihrem Antrag das Ziel erreichen, dass im Rahmen des 10.000-Häuser-Programmes künftig keine neuen Ölheizungen mehr gefördert werden. Das ist ein hehres Ziel, aber ich glaube, in letzter Konsequenz führt dieser Antrag genau zum Gegenteil dessen, was damit beabsichtigt ist. Die Frage ist, ob dem Klimaschutz damit wirklich gedient wäre.

Damit wir uns richtig verstehen: Es ist natürlich wünschenswert, möglichst alle Heizungssysteme auf erneuerbare Energien umzustellen. Es gibt allerdings in der Praxis Situationen, in denen es nicht praktikabel oder fast unmöglich ist.

Es sind Fälle genannt worden, in denen Pelletheizungen gar nicht untergebracht werden könnten. Wir würden selbstverständlich solche Pelletheizungen gegenüber fossilen Energieträgern präferieren. Für die Hausbesitzer gibt es aber manchmal das Junktim: Entweder eine moderne sparsame Ölheizung, oder die alte klimaschädliche

Heizung bleibt so lange in Betrieb, so lange sie funktioniert. Das ist ein großes Problem.

Im Übrigen wäre eine neue Ölheizung nur dann förderfähig, wenn ein moderner Brennwertkessel zum Einsatz kommt. Im Vergleich zu einem Standardkessel verbraucht dieser 10 bis 30 % weniger Energie. Das ist meiner Ansicht nach ein ganz entscheidender Beitrag zur Reduzierung des Einsatzes fossiler Energieträger, auch wenn es jetzt auf dem falschen Level geschieht. Da der Brennwertkessel natürlich auch noch die Kondensationswärme aus den Abgasen nutzen kann, hat er einen durchaus vernünftig hohen Wirkungsgrad. Ich glaube, auch das ist ein Argument, das man gelten lassen kann.

Auch die Verbindung der modernen Technologien miteinander ist bereits angesprochen worden; ich denke dabei an die Verbindung von Ölheizungen mit der Solarthermie. Im Ausschuss wurde dargestellt, dass es sich dabei um etwa ein Siebtel der geförderten Anlagen handele. Das wäre durchaus für den Einstieg und das neue Programm ein vernünftiger Ansatz, der natürlich weiterentwickelt werden kann.

Beim Tausch von Brenner und Kessel kommen zudem moderne drehzahlgeregelte Pumpen zum Einsatz, die eine weitere deutliche Einsparung hinsichtlich des Energieeinsatzes mit sich bringen.

Eine Förderung ist grundsätzlich nur möglich, wenn der hydraulische Abgleich des neuen Heizungssystems vorgenommen wird und eine hocheffiziente Umwälzpumpe zum Einsatz kommt. Das ist möglicherweise nur ein Argument beim Heizungstausch. Auch wenn es eine Ölheizung ist, wird nicht selten das Gesamtsystem ertüchtigt. Es werden dann beispielsweise auch ungedämmte Wärmeleitungen gedämmt. Und insgesamt geht es doch darum, dass eine nachhaltige Energieeffizienz zugrunde liegt. Eine ersatzlose Streichung der Förderung von Brennwertheizungen halten wir genau aus diesem Grund nicht für sinnvoll, da wir sonst zu einem Investitionsstau kämen.

Baden-Württemberg ist schon angesprochen worden. Dort bleiben teilweise die alten Heizungen in Betrieb, und das wäre nicht unser Ansatz.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Nur zu Beginn! Jetzt nicht mehr! – Zuruf von der CSU: Nein, immer noch!)

Wir sind der Ansicht, dass mit dem 10.000-Häuser-Programm der Staatsregierung noch lange nicht alles getan ist. Egal, ob neue Ölheizungen, Pelletheizungen oder Solarthermie zum Einsatz kommen, es hat keinen Sinn, gegen eine schlecht gedämmte Gebäudehülle anzuheizen. Das ist ein wesentlicher Punkt, der im zweiten Programmteil beschrieben ist.

Die effizienteste Maßnahme ist daher eine energetische Gebäudesanierung. Wir alle warten seit vielen Jahren darauf, dass in Berlin endlich die steuerliche Absetzbarkeit diesbezüglich beschlossen wird. Das hätte einen ungleich größeren Effekt für den Klimaschutz als nur dieser sogenannte Kesseltausch.

Im Ergebnis werden wir wie im federführenden Ausschuss dem vorliegenden Antrag unsere Zustimmung verweigern. Ich glaube, ich habe das ausführlich genug mit Fakten begründet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. – Jetzt bitte ich Herrn Staatssekretär Pschierer ans Rednerpult.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stümpfig, eine Vorbemerkung zu Ihnen: Wenn man unsere Klimaschutzziele der letzten Jahren mit denen der anderen Bundesländer vergleicht, so sind zwei industriegeprägte Bundesländer, nämlich Nordrhein-Westfalen und der Freistaat Bayern, beachtenswert. Beide sind hoch industrialisiert. Die bessere Klimabilanz hat der Freistaat Bayern.

Alle Ihre Anträge, Herr Kollege Stümpfig, die wir heute im Laufe des Tages beraten haben, sind durch einen besonderen Duktus gekennzeichnet, nämlich des Diktierens, des Verordnens, des Vorschreibens und des Reglementierens.

(Beifall bei der CSU)

Das ist ein völlig anderer Ansatz, als wir ihn haben.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Es geht um die Förderprogramme!)

Herr Kollege Stümpfig, Sie haben gesagt, das Programm sei angeblich sehr bürokratisch. Ich darf zum heutigen Tag feststellen, dass dieses Programm, was das Jahr 2016 angeht, überzeichnet ist, und zwar in beiden Programmteilen. Wenn dieses Programm so bürokratisch und schlecht wäre, wie Sie hier den Eindruck erwecken, würden die Bürgerinnen und Bürger es nicht nachfragen. Sie fragen es übrigens auch beim Heizungstausch nach, obwohl – da widersprechen Sie sich selber – der Preis für Heizöl in der letzten Zeit gesunken ist.

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Das Thema Heizungstausch ist in diesem Programm enthalten. Es ist auf Wunsch der CSU-Fraktion aufgenommen worden. Wir haben diesem Wunsch gerne Rechnung getragen, und er wird drinbleiben; denn der Austausch einer veralteten Ölheizung und der Ersatz durch moderne Brennwerttechnik sind ökologisch sinnvoll.

Sie müssten doch in dieser Hinsicht eine Frage stellen, die wir gerne beantworten würden: Hat sich durch dieses Programm die Klimabilanz des Freistaates Bayern verschlechtert, ist sie gleich geblieben, oder hat sie sich sogar verbessert? Sie hat sich verbessert, und zwar deshalb, weil der Effizienzgewinn auch beim Heizungstausch im Durchschnitt bei rund 20 % liegt. Das ist doch ein Vorteil! Deswegen sollten wir dieses Programm, das in der Bundesrepublik Deutschland einmalig ist, nicht schlechtreden. Wir sollten uns vielmehr dafür einsetzen, dass es möglicherweise eine Fortführung gibt.

Baden-Württemberg ist angesprochen worden. Ich hatte im Frühjahr die Gelegenheit, mit Kollegen aus dem Bereich der Energiepolitik aus Baden-Württemberg zu diskutieren. Herr Stümpfig, vielleicht sollten wir wetten, wie sich die Sanierungsquote bei Heizungen in den nächsten Jahren entwickelt. Ich garantiere Ihnen heute schon, dass die Sanierungsquote im Freistaat Bayern höher sein wird, weil wir den Bürgern die Entscheidung überlassen. Wenn der Bürger sagt, er will den alten Ölbrenner durch einen neuen ersetzen, weil er keinen Platz für einen Pelletbunker hat oder weil er persönlich die Entscheidung für sich so getroffen hat, dann werden wir diese Entscheidung respektieren und dem Bürger nicht vorschreiben, was er zu tun hat.

Letzter Punkt. Herr Kollege Häusler, da will ich Ihnen ausnahmsweise zustimmen: Sinnvoll wäre sicherlich nach wie vor energetische Gebäudesanierung; es gibt keine Landesregierung, die das Thema seit vielen Jahren in Berlin so thematisiert hat wie die Bayerische Staatsregierung. Drei Viertel aller Gebäude in Deutschland sind vor dem Jahre 1980 errichtet worden. Das wäre das größte Konjunkturprogramm für das mittelständische Handwerk. Es wäre das Beste, was für den Klimaschutz und die CO₂-Bilanz der Bundesrepublik Deutschland getan werden könnte. Ich appelliere an dieser Stelle an den Koalitionspartner in Berlin und auch an den einen oder anderen Vertreter unserer Schwesterpartei: Die energetische Gebäudesanierung muss auf der Tagesordnung bleiben. Das wäre das Beste, was wir unabhängig von solchen Programmen für die Klimabilanz tun könnten. Ich plädiere dennoch dafür, Ihren Antrag, der dirigistisch und reglementierend ist, abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.